

Hatz

Ganze neun von fünfzehn kommunistischen Zeitungen haben die bundesrepublikanische Kommunisten-Hatz bisher überleben können. Die übrigen sechs blieben mit alliierten Blattschüssen auf der Strecke. Gesamtdeutscher Minister Jakob Kaiser hat eine Liste illegaler KP-Tarnorganisationen zusammenstellen lassen, gegen die er vorgehen will. Als Stütze dient Artikel 9, Absatz 2 des Grundgesetzes.*) An ein Verbot der KPD selbst ist in keinem Falle gedacht. Weil sie es so gerne möchte.

Zur Zeit gibt es in der Bundesrepublik 16 kommunistische Tageszeitungs- oder Wochenblattverlage. Der kommunistische Anteil an der in der Bundesrepublik herausgegebenen Tagespresse betrug vor der Währungsreform 16 Prozent. Bis heute ist er unter 2 Prozent gesunken.

Die Gewerkschaften an der Ruhr haben ihren letzten KP-Chef verloren. Willi Agatz, bisher stellvertretender Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, wurde verabschiedet. Er hatte versucht, in Reden, Flugblättern und Zeitungsartikeln die Bergarbeiter gegen die eigene Gewerkschaft zu mobilisieren. Auf Zeche „Rheinbabben“ verlangte er die Siebenstundenschicht, auf Zeche „Stein V“ inszenierte er einen wilden Streik. Der Gesamtvorstand in Bochum meinte, Agatz habe direkte Befehle von Walter Ulbricht ausgeführt. Darum sei es höchste Zeit, ihn von seinem gutbezahlten Gewerkschaftsangestellten-Sessel abzusetzen.

Spitzel

Acht Mann saßen schon drin, als Kurt Müller, ehemals stellvertretender KP-Chef in den Westzonen, Mitte April 1950 in die Kellerröhle des ostzonalen Hauptgefängnisses des Ministeriums für Staatssicherheit in thüringischen Weimar, Kurtstr. 3, eingeliefert wurde. Unter diesen acht war Karl Niesspaur, in Göttingen zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilter Eisenbahnräuber, der aus dem Bundesgebiet in die Deutsche Demokratische Republik geflohen war und in der Weimarer Zelle seine Bewahrung als Spitzel abdienen durfte. Er bespitzelte „Kutschki“ so gründlich, daß Reimanns früherer Stellvertreter schon nach acht Tagen zur Strafverbüßung abgeschoben werden konnte, wahrscheinlich in das Zuchthaus in Bautzen. 25 Jahre wurden ihm zudiktiert. Ein anderer der acht Zellengenossen erschien in Hannover und erstattete Anklage wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ gegen die KP-Abgeordneten Reimann und Renner.

Berufung

Von Fall zu Fall wandeln Schleswig-Holsteins Sozialdemokraten ihre Ansichten über den „Deutschen Wahlblock“ der CDU, DP und FDP. Als es einen Tag nach der Landtags-Eröffnungssitzung darum ging, den Landtagspräsidenten zu wählen, der nach parlamentarischer Gepflogenheit von der stärksten Fraktion gestellt wird, wollte Andreas Gayks SPD die 31 Wahlblockbrüder nicht als eine, sondern nur als drei getrennte — und damit SPD-unterlegene — anerkennen. Nachdem SPD-Ratz dergestalt auf den Präsidentensessel gehievt worden war, schickte er eine „Berufung in den Ältestenrat“ an den „Fraktionsführer des Deutschen Wahlblocks, Dr. Dr. Paul Pagel.“ So bekommen die Wahl-Brüder nur einen Mann in den Ältestenrat und nicht drei.

*) „Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.“



„News Chronicle“, London

Protectorat

Seit General MacArthur seinen Freund Tschiang auf Formosa besucht hat, haben dessen gelbe Flieger die Operationen gegen ihre kommunistischen Landsleute wieder aufgenommen. Die Engländer haben Angst, sie würden aus ihren gesamten asiatischen Positionen hinausgeworfen werden, falls es Tschiang mit MacArthurs Segen weiter gestattet würde, den großen Mao zu provozieren.

Zusammen mit einigen kleineren westeuropäischen Staaten hat England die USA aufgefordert, Formosa zum Protectoratsgebiet der Vereinten Nationen zu machen (vgl. Seite 15: MacArthur).

Patria

Stalin gab ein neues Rätsel auf. Der größte Teil der sowjetischen Handelsflotte wurde in den Pazifik verlegt, berichtet das Institut der amerikanischen Handelsmarine. Handelsschiffe aller Größen haben die 9000 Meilen lange Reise von Odessa und die 12 500 Meilen lange Fahrt von den Ostseehäfen nach Wladiwostock gemacht. Von Konstanz und Batum liefen Tankschiffe nach Fernost aus. Selbst drei Trockendocks wurden übergeführt. Das Flaggschiff der Roten Handelsmarine führte an. Heute heißt es „Rossia“, früher war es das deutsche Motorschiff „Patria“.

Fortsetzung

Mehrere Tausend polnischer Ex-Frontkämpfer feierten in der Londoner Albert Hall den „Tag des Soldaten“, zur Erinnerung an den 15. August 1920, an dem eine sowjetische Angriffsarmee vor den Toren Warschaus geschlagen wurde. Briten-Feldmarschall Lord Wilson meinte, es lohne sich, für die Freiheit Polens zu kämpfen. Polen-Generalleutnant Anders sagte, die

Straße sei frei zur Fortsetzung des polnischen Freiheitskampfes. Die Verträge von Jalta und Potsdam müßten ausgelöscht werden.

Zahlen

Sowjetfreunde in aller Welt zählen zusammen. Das ständige „Komitee des Weltfriedenskongresses“ hat 273 470 566 Unterschriften unter den Stockholmer Appell zur Aechtung der Atomwaffe errechnet. Die Stimmen aus Mexiko, Pakistan, Peru und der Türkei sind noch nicht dabei. Dafür wurden auch die mitgezählt, die bisher noch gar nicht wußten, daß sie unterschrieben hatten.

Eugen Kogon, SS-Staat-Verfasser, Herausgeber der „Frankfurter Hefte“ und Präsident der deutschen Europa-Union, möchte die vereinigungswilligen Europäer zählen. Aber er hat den Gedanken schon aufgegeben, bevor er ihn zu wirklichen anfang. Die gleichgültigen Europäer seien nicht einmal imstande, 275 Millionen Unterschriften für die Einigung ihres Kontinents zu sammeln, bedauerte er.

Umschulung

Saar-Kultusminister Dr. Emil Strauß hat es mit den Beamten. Sie sind ihm nicht Frankreich-freundlich genug. „Der saarländische Beamtenkörper ist in seinen unteren und besonders in seinen mittleren Stufen noch stark von einem kleinbürgerlichen, nationalistischen Geiste durchsetzt, der im gegebenen Augenblick sehr schnell wieder in die Heim-ins-Reich-Stimmung umschlagen könnte. Die Umschulung dieser Schichten in einem französisch-europäischen Geiste ist daher eine vordringliche Aufgabe“, klagte er seinem Ministerpräsidenten.